

Jürgen Schlieckau
Imke Geest



Cannabispolitik – quo vadis?

Plädoyer für eine gute Beziehungsarbeit mit Jugendlichen
und gegen eine Legalisierung oder Liberalisierung
der Droge Cannabis

Eine Streitschrift

disserta
Verlag

Schlieckau, Jürgen; Geest, Imke: Cannabispolitik – quo vadis? Plädoyer für eine gute Beziehungsarbeit mit Jugendlichen und gegen eine Legalisierung oder Liberalisierung der Droge Cannabis. Eine Streitschrift, Hamburg, disserta Verlag, 2020

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Gerd Glaeske,
Leiter der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung der Universität Bremen,
Autor des „Cannabis-Reportes“ (2018)

Mit 3 Abbildungen, 4 Exkursen, 4 Synopsen und 4 Tabellen

Buch-ISBN: 978-3-95935-532-2

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95935-533-9

Druck/Herstellung: disserta Verlag, Hamburg, 2020

Covermotive: Pixabay.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Bedey Media GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Dr. Imke Geest und Jürgen Schlieckau haben die geteilte Erstautorenschaft.
Alle Rechte vorbehalten

© disserta Verlag, Imprint der Bedey Media GmbH
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg
<http://www.disserta-verlag.de>, Hamburg 2020
Printed in Germany

Besonderer Hinweis

Die Medizin und das Recht unterliegen einem fortwährenden Entwicklungsprozess, so dass alle Angaben, insbesondere zu diagnostischen und therapeutischen Verfahren, zu Gesetzgebung und Rechtsprechung immer nur dem Wissensstand zum Zeitpunkt der Drucklegung bzw. Onlineveröffentlichung des Buches entsprechen können. Hinsichtlich der angegebenen Empfehlungen zur Pädagogik, Therapie und zum Umgang mit Cannabis wurde die größtmögliche Sorgfalt beachtet. Gleichwohl werden die Benutzer aufgefordert, Fachinformationen zur Kontrolle heranzuziehen und im Zweifelsfall einen Spezialisten zu konsultieren. Fragliche Unstimmigkeiten sollten bitte im allgemeinen Interesse dem Verlag mitgeteilt werden. Die Autoren machen sich die Meinungen der zitierten Quellen und Autoren ausdrücklich nicht zu Eigen und überlassen es dem Leser, diese zu bewerten.

Die medizinischen Informationen in diesem Buch ersetzen nicht den Besuch beim Arzt. Sicherheitshalber sollten Sie bei medizinischen Fragen immer einen Arzt aufsuchen.

Hinweis: Um den Textfluss nicht zu stören, wurde im weiteren Text bei Abhängigkeitskranken und Berufsbezeichnungen die grammatikalisch maskuline Form gewählt. Selbstverständlich sind in allen diesen Fällen immer Frauen, Männer und Diverse gemeint.

Anschrift der Autoren

Dipl.-Päd. Jürgen Schlieckau und Dr. Imke Geest
c/o Fachstelle für Sucht, Suchtprävention und psychosoziale Beratung
im Landkreis Cuxhaven des VBS e. V.
Grodener Chaussee 21, 27472 Cuxhaven
E-Mail: schlieckau@vbs-cuxhaven.de
Home: <https://www.vbs-cuxhaven.de>

Deklaration möglicher Interessenkonflikte

Es liegen keinerlei Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Erstellung dieser Publikation vor. Wir erhalten von Dritten keine Mittel für die Erstellung des Buches. Das Buch haben wir im Rahmen unseres ehrenamtlichen Engagements in unserer Freizeit erstellt.

Unser fachliches Erkenntnisinteresse ist die Suche nach einer gesundheitsorientierten und ideologiefreien Gestaltung der Cannabiskontrollpolitik in Deutschland. Wir setzen uns advokatorisch für Jugendliche, Abhängigkeitskranke und sozial Benachteiligte in der Gesellschaft ein.

*„Arbeite! Aber nicht wie ein Unglücklicher oder wie einer,
der bewundert oder bemitleidet werden will.
Arbeite oder ruhe, wie es das Beste für die Gemeinschaft ist.“¹*

Marc Aurel

¹ Marc Aurel, Selbstbetrachtungen IX, 12, zit. n. Wolfgang Weinkauff 2001, als Beispiel für eine stoische Haltung

Vorwort

Seit dem 10. März 2017 ist die Kostenübernahme von medizinischem Cannabis in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im 5. Sozialgesetzbuch (SGB V) geregelt, der Wirkstoff hat es, wie kein anderer, sogar namentlich in dieses Gesetz geschafft (§ 31, Abs. 6 SGB V) – warum, bleibt allerdings fraglich. Diese Regelung umgeht nämlich das System der sog. frühen Nutzenbewertung und Preisverhandlung, wie es normalerweise für neue Arzneimittel in der GKV gilt. Mit der frühen Nutzenbewertung neuer Arzneimittel, dem sogenannten AMNOG-Prozess, müssen Pharmafirmen nachweisen, dass ihre Produkte einen Zusatznutzen für die Patienten haben. Das war für Cannabis aber bei der Einführung in den gesetzlichen Vorgaben leider nicht vorgesehen, trotz der unbefriedigenden Studienlage und der geringen Evidenz, sowohl für den Nutzen wie für die Nebenwirkungen. Die Politik hatte sich auf die unsystematischen Erfahrungswerte bisheriger Ausnahmegenehmigungen des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) für Indikationen wie Schmerz, Epilepsie, Depressionen, ADHS oder zur Appetitsteigerung bei Krebs oder AIDS gestützt und sie als Basis für die Zulassung herangezogen. Was allerdings nicht in gleichem Maße beachtet und bei dieser Entscheidung berücksichtigt wurde, sind die unerwünschten Wirkungen, die längst schon vorher in vielen Publikationen diskutiert worden waren. Denn auch hier gilt: Wenn ein Mittel wirkt, sind auch Nebenwirkungen zu erwarten. Die Pflanzenstoffe aus Cannabis wirken auf das cannabinoide System in unserem Körper, insbesondere auf das zentrale Nervensystem, aber auch zum Beispiel auf Haut, Lunge, hormonale Drüsen oder auf die Augen. Die körpereigenen Endocannabinoide sind zwar in der Wirkung ganz ähnlich wie die pflanzlichen Cannabinoide, sind aber anders zusammengesetzt. Dennoch können diese Pflanzenstoffe die körpereigenen Cannabinoide ersetzen. Sie sind überall dort wichtig, wo sich der menschliche Organismus entwickelt. Daher kann es auch nicht erstaunen, dass sie auch in der Muttermilch enthalten sind. Und wenn Cannabis auf die Psyche und den Körper wirkt, gibt es auch immer unerwünschte Wirkungen. Es können beim Cannabiskonsum, allerdings abhängig von den konsumierten Mengen, häufig Denkstörungen auftreten, die sich vor allem in ideenflüchtigem Denken äußern. Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeit können vermindert werden, ebenso die Leistung des Kurzzeitgedächtnisses. Selten kommt es auch zu niedergedrückter Stimmung, gesteigertem Antrieb, Unruhe, Angst und Panik. Nimmt man Cannabis über längere Zeit in sehr hohen Mengen ein, kann es zu einer psychischen Abhängigkeit kommen. In seltenen Fällen können Psychosen mit Halluzinationen auftreten bzw. bei einer Anlage zu solchen psychischen Störungen ausgelöst werden, die dem Bild einer Schizophrenie ähneln. Wer eine genetische Anfälligkeit für Psychosen hat, erkrankt bei einem Cannabiskonsum etwa zwei bis drei Jahre früher, Schizophrenie-Schübe werden häufiger erlebt.

All diese Fakten und Informationen zur Anwendung von Cannabis, insbesondere bezüglich der z. T. problematischen Folgeerscheinungen müssen ernstgenommen werden. Dies gilt vor allem bei einer unkontrollierten Anwendung der Droge Cannabis. Eine Liberalisierung würde

alle bekannten und gravierenden „Nebenwirkungen“ bagatellisieren, da ist auch der Vergleich mit Alkohol oder Tabak kein gutes Argument für eine Gleichstellung. Noch hat die Politik in diesem Bereich die Möglichkeit, im Rahmen der Prävention die Verbreitung von Cannabis zu steuern – eine freie Verfügbarkeit würde vermeidbare Schäden fördern.

Daher bietet die nun vorgelegte Streitschrift von Jürgen Schlieckau und Imke Geest einen wichtigen, wohl überlegten und kompetenten Beitrag zur Cannabis-Politik, der von allen berücksichtigt werden sollte, die für zukünftige Entscheidungen verantwortlich sind.

Bremen, im Januar 2020

Prof. Gerd Glaeske², Universität Bremen

Autor des „Cannabis-Reportes“ (2018)

² Prof. Dr. Gerd Glaeske ist Leiter der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung (ehemals Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung im Zentrum für Sozialpolitik -ZeS-), Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Bremen

Inhalt

Vorwort	7
<i>Gerd Glaeske</i>	
1. Unsere Ziele – unser Wunsch	11
<i>Imke Geest und Jürgen Schlieckau</i>	
2. Cannabis und Risiken	19
<i>Jürgen Schlieckau und Imke Geest</i>	
3. Cannabis und Familie	27
<i>Imke Geest und Jürgen Schlieckau</i>	
4. Cannabis und Medizin	31
<i>Imke Geest</i>	
5. Cannabis und jugendlicher Konsum	43
<i>Imke Geest</i>	
6. Cannabis, Cannabisfolgestörungen und professionelle Hilfen	45
<i>Jürgen Schlieckau und Imke Geest</i>	
7. Cannabis und Recht	47
<i>Jürgen Schlieckau</i>	
Exkurs 1: Führerscheinerwerb und -entzug nach Cannabisnachweis	49
Exkurs 2: Wie wird die „geringe Menge“ definiert?	52
Exkurs 3: Verschiedene Regulierungsbegriffe	54
Exkurs 4: Cannabis Social Clubs (CSC)	59
8. Cannabis und Politik	67
<i>Jürgen Schlieckau</i>	
9. Fazit – Cuxhavener Thesen für eine gesundheitsorientierte Cannabispolitik	107
<i>Imke Geest und Jürgen Schlieckau</i>	
Anhang	
Anlage 1 Abkürzungsverzeichnis	115
Anlage 2 Autorenverzeichnis	119
Anlage 3 Sachverzeichnis	123
Anlage 4 Abbildungsverzeichnis	125

Anlage 5 Literaturverzeichnis	127
A. Forschungsliteratur zu Cannabis	127
A.1. Freizeitkonsum von Cannabis	127
A.2. Cannabiskonsum und vorgeburtliche Schäden	137
A.3. Cannabis als Einstiegsdroge / Gateway-Hypothese	138
A.4. THC-Werte in Cannabispflanzen	138
A.5. Cannabiskonsum und Psychose	139
A.6. Cannabiskonsum und Depression	141
A.7. Cannabiskonsum und Krebserkrankungen	141
A.8. Cannabiskonsum und Herz-/Kreislaufkrankungen	142
A.9. Cannabiskonsum und Lungenerkrankungen	142
A.10. Cannabiskonsum und Hyperaktivität	143
A.11. Cannabiskonsum und kognitive Störungen und Intelligenzminderung	143
A.12. Cannabiskonsum und Posttraumatische Belastungsstörung	144
A.13. Medizinischer Gebrauch von Cannabis	145
A.14. Cannabisverbot und Repression	149
A.15. Beispiel Niederlande / Coffee-Shops	150
A.16. Beispiel Spanien / Cannabis Social Clubs	151
A.17. Beispiel Uruguay / Cannabisverkauf für Erwachsene in Apotheken	151
A.18. Beispiel Kanada / Marktwirtschaftliches Modell der Cannabislegalisierung	151
A.19. Beispiel US-Einzelstaaten / Marktwirtschaftliches Modell der Cannabislegalisierung	152
A.20. Beispiel Portugal / Entkriminalisierung des Besitzes geringer Cannabismengen bei Erwachsenen	153
A.21. Beispiel Schweiz / Entkriminalisierung des Erwerbs geringer Cannabismengen bei Erwachsenen	153
A.22. Cannabiskonsum und Straßenverkehr	153
A.23. Volkswirtschaftliche und steuerrechtliche Aspekte einer Cannabislegalisierung	154
A.24. Cannabiskonsum und Erziehung	155
A.25. Modelle der Cannabisprävention und -behandlung	155
B. Politische Stellungnahmen zur Cannabispolitik	157
C. Behördliche Stellungnahmen zur Cannabispolitik	160
D. Fachliche Stellungnahmen zur Cannabispolitik	164
E. Völkerrechtliche Übereinkommen, Entschlüsseungen, Gesetze und Verordnungen zu Cannabis	166
F. Diagnostische und therapeutische Manuale und Leitlinien	167
Die Autorin und der Autor	169

1. Unsere Ziele – unser Wunsch

Dieses Buch soll ein Beitrag zur aktuellen politischen Diskussion über die Cannabis-kontrollpolitik sein, die leider zum Teil hoch emotional geführt wird.

Die im Buch enthaltenen „*Cuxhavener Thesen für eine gesundheitsorientierte Cannabispolitik*“ sind ein Plädoyer der Autoren für die Fortsetzung der bisherigen Cannabisprohibition in Deutschland.

Unsere Haltung

Wir beziehen als Autoren Position für die Aufrechterhaltung des Cannabisverbots in Deutschland und begründen dies im Folgenden.

Unsere Forderung nach einer konsequenteren Alkoholkontrollpolitik halten wir für mindestens so wichtig wie die Cannabisprohibition.

Dr. Imke Geest

Ich habe als Psychiaterin, die auch in einer Suchtberatungsstelle tätig ist, das Thema Cannabis zu meinem Steckenpferd gemacht. An diesem Thema kann man wunderbar erkennen, welche Probleme die Demokratie hat und welche Probleme liberale Bewegung erzeugt. Demokratie bedeutet im Idealfall, dass nach einer sachlichen differenzierten Diskussion über eine Abstimmung abschließend eine Entscheidung zu einem Thema getroffen wird. Das Ideal einer liberalen Gesellschaft ist, dass sich jeder mündige Bürger mit selbst erarbeitetem Wissen und Erfahrung eine persönliche Meinung bildet und diese in den Diskurs einbringt. Der Knackpunkt aber ist, dass die meisten Themen so komplex sind, dass man es kaum wirklich schafft, sich den nötigsten Sachverstand anzueignen. Deswegen haben wir Repräsentanten. Diese sehen sich aber mittlerweile so vielen verschiedenen Themen ausgesetzt, dass die Vielfalt und die Minderheitenbewegungen großen Fleiß und klaren Geist erfordern, um den besten Weg für unser Land zu finden.

Ein weiterer Knackpunkt ist, dass die Demokratie Mehrheiten für Entscheidungen braucht. An dem Brexitdrama der Engländer sehen wir, wie Lobbyismus und Stimmungen und Rhetorik die Wahrheitsfindung beeinflussen können und wie zeitintensiv eine Entscheidungsfindung sein kann.

Bleibt die Wissenschaft als Wegweiser. An der Klimadebatte sehen wir, dass klare wissenschaftliche Ergebnisse zu den Folgen und Realitäten eines Fehlverhaltens nur unzureichend zur Kenntnis genommen werden. Das Gleiche gilt aus unserer Sicht auch für die Ergebnisse aktueller Cannabisforschung. Die Psychiater sorgen sich um einen Missbrauch von Psychopharmaka. An den Themen Nikotin, Koffein, Essen resp. Zucker, Handys, Computer, Alkohol erleben wir, dass trotz intensiver wissenschaftlich begründeter Aufklärung über Suchtfragen

eine hohe Dunkelziffer an Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen bzw. „Substanzgebrauchsstörung“ (DSM-V) mit den entsprechenden Folgeschäden entsteht.

Diese Störungen treten so häufig auf, dass sie von Vielen als Normalität erlebt werden. Einige, die eher für die Legalisierung von Cannabis sind, fordern gleichzeitig ein Verbot von Zucker und Fleischverzehr. Die liberale Gesellschaft ringt also mit den Teilen der Bevölkerung, die aus welchen Gründen auch immer es nicht schaffen, Selbstdisziplin zu üben.

Zusammengefasst haben wir diese Probleme trotz intensiver Präventionsarbeit noch lange nicht im Griff.

In unserer sozialen Marktwirtschaft bestimmt des Weiteren die Vermehrung des Geldes oft oder unterschwellig den Verlauf der Debatten bzw. schafft die Macht des Faktischen. Das können wir z. B. daran erkennen, dass Cannabisaktien gegenwärtig gern gekauft werden, ohne dass gleichzeitig feststeht, ob ein wachsender Cannabismarkt überhaupt wünschenswert ist.

Die Familie als Keimzelle für die Beziehungsgestaltung in unserer Gesellschaft ist gegenwärtig über verschiedene Einflüsse überlastet. Die Mütter wollen und sollen außerhalb der Familie arbeiten. Der Findungsprozess der modernen Paarbeziehung ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Väter sind vielfach noch in alten Rollenmustern verhaftet. Erziehung soll verstehbar, angstfrei und liebevoll sein und die individuelle Persönlichkeit der Kinder fördern - ständig, mindestens 18 Jahre lang. Erziehung, wenn man sie überhaupt noch so nennen darf, flößt vielen Eltern Angst ein, wenn damit der Begriff Autorität verknüpft wird. Regeln sollen verstehbar und teilweise verhandelbar sein, das braucht Zeit und Geduld. Gleichzeitig fordert die Digitalisierung uns immer mehr heraus. Die Ernährung wird für die Eltern, wenn sie überhaupt noch selbst kochen, komplexer. Die aktive Sexualität fängt früher an. Wer soll da zeitlich in 24 Stunden den eigenen Familienstil schaffen? Wie sollen Eltern diesem ganzen Diskussions- und Selbstfindungsbedarf ohne gesetzliche Begrenzung und Unterstützung von außen entgegen treten? Wie sollen sie der Liberalität im Umgang mit einer zunehmenden Vielfalt von Drogen zuhause begegnen? Es werden immer mehr Menschen mit unterschiedlichen Kulturen in unser Land kommen.

Das alles und noch mehr erfordert viel Engagement und Kreativität zum Finden von Lösungen. Drogen nehmen einem die Kraft dafür und können das Ganze komplizieren. Klare einfache Regeln könnten helfen.

Über die christliche Tradition haben wir seit 2.000 Jahren ein psychisches Grundgerüst erworben, das als Kristallisationspunkt für einen gemeinsamen gesellschaftlichen Wertekodex hilfreich sein konnte. Hierzu gehört Nächstenliebe, im Sinne der Achtsamkeit auch selbstfürsorglich, auf sich selbst bezogen.

Der Humanismus vermittelte u. a. die Grundwerte Maß halten, Sorgfalt und gerechtes Handeln, zusammengefasst das Streben nach Menschlichkeit.

Beide Wertesysteme, das Christentum und der Humanismus sind Vielen nicht mehr tiefergehend bekannt. Als Gesellschaft sind wir auf der Suche.

Kindheit und Jugend sind bekanntermaßen prägend für das ganze Leben. Wir brauchen heute immer mehr Psychotherapeuten, die versuchen, fehlerhafte Entwicklungen und deren Folgeschäden zu korrigieren, leider nicht immer mit Erfolg. Es besteht bekanntermaßen Ärzte-, Lehrer- und Sozialarbeitermangel. Vielleicht hat das auch etwas miteinander zu tun. Dem aufklärerischen Projekt, einen Rahmen zu schaffen für sorgfältige intensive Selbstfindungsprozesse fehlt das Personal. Nicht zu vergessen ist hierbei die zu beobachtende zunehmende Gier von Menschen. Die gewünschte Befreiung von Angst, Scham und Hemmung als Leitmotiv kann begleitet werden von Hedonismus, Respektlosigkeit, Grenzüberschreitung, Aggression und Hass als Ausdruck der tiefen inneren Triebe des Menschen, die es, seit Sigmund Freud beschrieben, zu beachten und zu beherrschen gilt. Die Tiefenpsychologie deckt Gefühle auf und reflektiert sie, um besser mit ihnen umgehen zu können. Das Ergebnis von Verhaltenstherapie hängt in hohem Maße von Selbstdisziplin und der Bereitschaft zur Veränderung durch tägliches Üben ab. In der Psychotherapie welcher Richtung auch immer wird die Erfahrung gemacht, dass viele Patienten die Bereitschaft resp. Fähigkeit zur Selbstreflexion, Selbstdisziplin, zum Verzicht und zur Verhaltensänderung nicht in Kindheit und Jugend erworben haben.

Je heftiger die Schädigungen in Kindheit und Jugend, desto langwieriger werden therapeutische Behandlungen und umso prognostisch ungünstiger ist die Behandlungsperspektive.

Ziel unseres Buches vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist es, eine andere Sichtweise auf die Cannabispolitik aufzuzeigen. Zwar ergeben Umfragen, dass es eine eher schweigende Mehrheit in Deutschland gibt, die eine Cannabislegalisierung ablehnt, siehe Seite 113. Demgegenüber steht aber eine lautstarke weltweite Bewegung, die Cannabiskonsum als selbstverständlich und legalisiert erlebt und dafür kämpft. Die Opioidkrise in den USA sollte uns eine Warnung sein. Was sagt uns die derzeitige Kokainschwemme? Soll etwa Kokain als nächstes legalisiert werden? Wir wünschen uns für Cannabis und weitere illegale Drogen klare, gut verständliche gesetzliche Regelungen und Übereinkommen, die den mafiösen Strukturen international, besonders in Südamerika durchdacht entgegenwirken. Dabei plädieren wir für klare internationale, europäische und kommunale Anti-Drogen-Konzepte. Wir wünschen uns keine Laissez-faire-Haltung.

Mindestens seit 2.300 Jahren ringt der Mensch mit den Grenzen zwischen Stoa und Epikureern, Disziplin und Lust. Die im neuen Gewand erscheinenden uralten gleichen Fragen erfordern immer wieder neue, moderne, gut durchdachte Antworten. Wie soll die deutsche und damit wohl europäische Lösung für Cannabis aussehen? Stellen wir uns in diesem Zusammenhang überhaupt gerade die richtigen Fragen, auf die wir Antworten finden müssen oder reagieren wir nur auf gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Druck? Wer ist die schützenswerte Minderheit: die suchtfährdeten Menschen oder die Genusskiffer? Die Minderheit, die Schutz benötigt, ist die Gruppe der suchtfährdeten Menschen. Wir verweisen auf Kapitel 2 des Buches.

Auf diese komplexen Themen muss die Politik Antworten finden, auf die wir mit unserer Wählerstimme Einfluss nehmen - und hoffentlich mit diesem Buch.

Jürgen Schlieckau

Wir lassen uns als Autoren auf die Gratwanderung ein, das fachliche Erkenntnisinteresse mit dem advokatorisch-ethischen Interesse, dem Einsatz für die hilfe- und schutzbedürftigen Menschen in der Gesellschaft zu verknüpfen und möglichst miteinander in Einklang zu bringen.³

Wir zitieren einerseits aktuelle Forschungsergebnisse der Cannabisforschung und bringen unser berufliches Erfahrungswissen ein, beziehen als aktiv mit Klienten und Patienten arbeitende Suchtexperten aber gleichzeitig advokatorisch Stellung für eine am Gemeinwohl und am Jugendschutz orientierte prohibitive Politik. Wir nehmen unsere Aufgabe wahr, die Öffentlichkeit und die Politik über grundsätzliche Missstände zu informieren, die uns in unserem beruflichen Alltag begegnen. Wir wollen auf der Basis unseres bisherigen Wissensstandes keine gesellschaftliche Realität widerspruchlos anerkennen, in der durch massive Einflussnahmen der Cannabislobby und eine verstärkt geführte quasi-rationale Verharmlosungsdebatte die Zahl der jungen Cannabiskonsumenten steigt. Wir wollen nicht, dass die repressive Säule der Drogenpolitik fundamental infrage gestellt wird. Denn die Repression hat u. E. bisher einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Cannabispolitik in Deutschland geleistet und zum Schutz der Allgemeinheit beigetragen. Es tut u. E. daher dauerhaft not, die Standortbedingungen für den Cannabismarkt in Deutschland und Europa durch eine „*Anticannabispolitik*“, wie die vormalige Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Frau Mortler (CSU) sie nennt, möglichst unattraktiv zu gestalten. Und wir sind nicht davon überzeugt, dass die bisherige Cannabisprohibition in Deutschland gescheitert ist. Dabei verschließen wir uns selbstredend nicht der Weiterentwicklung der vier Säulen der staatlichen Drogenpolitik (siehe Seiten 49 und 79) und fordern wie die meisten Fachleute eine solide finanzielle Ausstattung der staatlich geförderten unabhängigen Cannabisforschung. Denn die Cannabisforschung wird bisher - schwer durchschaubar - sowohl von medizinischen als auch stark von privatwirtschaftlichen Interessen der Cannabisbranche bestimmt.

Wir stellen fest, dass heute Cannabis zum einen für eine bestimmte Gruppe von Konsumenten in Deutschland eine attraktive Lifestyle-Droge ist und dass zum anderen mächtige Interessengruppen der Industrie zuerst in den USA, in Kanada und nun auch in Europa einen Markt für Cannabisprodukte sehen. Dieser Markt verspricht künftig hohe Umsätze, auch wenn die heute gehandelten Werte zum Teil noch hoch spekulativ sind. Man kann die turbulente Entwicklung der Cannabiswerte auf dem Aktienmarkt seit mehreren Jahren beobachten. Cannabislobbyisten sind sehr aktiv und haben bereits einen hohen Einfluss auf die deutsche Politik sowie über die sozialen Medien auf die wichtige Zielgruppe der Jugendlichen gewonnen. Es geht schlicht um das große Geschäft mit der Droge und Pflanze Cannabis. Selbstverständlich wollen wir nicht die Tatsache der verheerenden Drogenkriege vor allem in Lateinamerika ignorieren. Die Ursachen der illegalen Drogenmärkte müssen durch globale Initiativen international noch stärker bekämpft werden. Daraus aber eine Antiprohibitionspolitik abzuleiten, liegt uns fern. Wir wünschen uns eine bessere Politikfolgenabschätzung und eine kritische,

³ Zur ethischen Fundierung des Paternalismus siehe Schlieckau 2013, 107ff. sowie Schlieckau 2015, 36ff.

auch ideologiekritische und sachbezogene Auseinandersetzung mit den Politikvorschlägen der Legalisierungsbefürworter von Cannabis. Marlene Mortler, die stark von der Cannabislobby und vielen interessierten Einzelpersonen angefeindet wurde, wies auf den hohen Druck der Cannabisindustrie hin, die nur auf die Legalisierung des Freizeitkonsums von Cannabis in Deutschland warte.⁴ Eine Liberalisierung oder Legalisierung von Cannabis ruft neue wirtschaftliche Interessengruppen auf den Plan, die in der Folge gegen eine Regulierung von Cannabis wirken werden. Sie werden u. a. gegen Cannabissteuern, Konsum- und Werbeverbote zu Felde ziehen und die Probleme im Public Health-Sektor eher noch verstärken, wie dies die legalen Suchtmittelindustrien (Tabak, Alkohol, Pharma, Geldglücksspiel, Computerspiel) und nicht zu vergessen die Zuckerindustrie bereits tagtäglich demonstrieren. Dies relativiert die vermeintlichen Vorteile einer Liberalisierung der Cannabispolitik, wie z. B. der Kontrolle von Herstellung und Vertrieb, der Entkriminalisierung der Cannabiskonsumenden, der Cannabissteuer, der Reduzierung des Schwarzmarktes, usw. Die Zeche kann später jeder Bürger zahlen, der zwangsweise und vernünftigerweise in die Sozialversicherungssysteme einzahlen muss, falls diese nach einer Cannabisliberalisierung vermehrt von erkrankten Cannabiskonsumenden belastet werden.⁵ Die Beibehaltung der Cannabisprohibition ist u. E. kein „Nicht-Handeln“, wie dies leider auch einige Suchtfachverbände und Politiker formuliert haben, sondern sehr wohl verantwortungsbewusst praktizierter Jugend- und Gesundheitsschutz. Denn es kann, das ist eine unserer Thesen, aufgrund unterschiedlicher Machtverteilung kein Gleichgewicht zwischen einer künftigen Cannabiswirtschaft und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung geben. So treibt man mit einer Cannabislegalisierung „den *Teufel* (Cannabis-Schwarzmarkt) mit dem *Beelzebub* (z. B. marktwirtschaftliches Regulierungsmodell von Cannabis)“ aus, in der Annahme, dass dann alles gut wird. Hier wird deutlich, dass die Cannabisprohibition für den Public Health-Sektor eher Vorteile birgt.

In aktuellen Blog-Beiträgen im Internet ist eine z. T. stark polarisierende Debatte zu beobachten, in der Sachargumente immer dann eine untergeordnete Rolle spielen, wenn sie der Ideologie der interessierten Gruppen entgegenstehen. Die in dieser Debatte stattfindende Verharmlosung von Cannabis und die fortgesetzte Lifestylewerbung für das Kiffen tragen nicht unerheblich zur Normalisierung des Konsums eines problematischen Suchtmittels und zum Anstieg der Konsumentenzahlen bei Jugendlichen bei. Letztere sind besonders vulnerabel. Die offene oder versteckte Cannabiswerbung steht im direkten Konflikt mit gesundheitspolitischen Zielen. Darauf weisen u. a. Frank Zobel und Marc Marthaler (2016) hin. Die Cannabiswerbung wird sich nach der möglichen Etablierung eines legalen Cannabismarktes auf Dauer aber nicht strikt begrenzen lassen. Die Idee eines strikten Werbeverbotes für Cannabis von Anfang an bleibt folglich bloße Theorie. Zudem wird die Cannabisindustrie immer neue Schlupflöcher finden, wie sie ihr Marketing für die Zielgruppe der Jugendlichen betreiben

⁴ Vgl. Marlene Mortler, In: ntv, https://www.n-tv.de/panorama/Mortler-fordert-eine-Anti-Cannabis-Politik-article19990098.html?gclid=EAlalQobChMImb7SgMKI5glVw6SaCh2OswY4EAAYASAAEgKK7_D_BwE, aufgerufen am 26.11.2019.

⁵ Vgl. den Wirtschaftsprofessor Michael Adam im ntv-Interview vom 02.01.2018. In: <https://www.handelsblatt.com/video/unternehmen/legalisierung-von-cannabis-die-finger-davon-lassen-warum-deutschland-weiterhin-drogen-verbieten-sollte-/20804888.html?ticket=ST-32726521-fGzVRAXbND2eSJ1rtTtS-ap6>, aufgerufen am 26.11.2019.

kann. Vergleichbare Beispiele der Alkoholindustrie gibt es zuhauf. Befürworter einer Cannabisliberalisierung sprechen gern von einer in Deutschland vermeintlich misslungenen Cannabisprohibition. Viele Menschen halten diesen Mythos für glaubhaft, weil es in Deutschland stärker als vor 30 oder vor 50 Jahren in Mode gekommen ist, bestehende Verbote und Begrenzungen in Frage zu stellen und sich schnell persönlich benachteiligt zu fühlen. Die Auffassung, dass die Cannabisprohibition gescheitert sei, entspricht aber nicht der Realität.

In den sozialen Medien werden prominente Vertreter, die für die Beibehaltung der bisherigen Cannabispolitik plädieren, nicht selten persönlich angefeindet und diffamiert. In Universitäts Hörsälen und auf Kongressen werden sie ausgebuht und beschimpft. Regierungshandeln mit Strategien der Cannabisprohibition wird verteufelt. Ähnliche Erfahrungen müssen seit Jahrzehnten etwa auch Verfechter der Alkoholprohibition machen. Das passt übrigens gut in die gegenwärtige Unkultur von Hassbotschaften. Mit demokratischen Gepflogenheiten haben solche Verabsolutierungen der eigenen Meinung nichts zu tun.

Cannabislobbyisten beklagen eine menschenrechtswidrige Verbotspolitik und eine vermeintliche Bevormundung des Bürgers durch den Staat.⁶ Sie propagieren ihr Recht auf einen Rausch und beklagen eine undifferenzierte moralische Verteufelung des Cannabiskonsums. Die Parteien der Großen Koalition werden heute von einer aktiven Minderheit von Cannabislobbyisten und interessierten Bürgern unter Druck gesetzt, um den Weg endlich frei zu machen für eine Cannabisliberalisierung oder -legalisierung. So wirbt der Deutsche Hanfverband bei Richtern für einen Normenkontrollantrag nach Art. 100 Abs. 1 Grundgesetz. Der Verband hat zwei Berliner Anwälte mit der Erstellung eines Musterkontrollantrags beauftragt, um Richtern sozusagen diesen Schritt „mundgerecht“ vorzubereiten, damit sie diese Mustervorlage für eine Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a Grundgesetz benutzen können. Der Hebel soll also über das Bundesverfassungsgericht angesetzt werden, um die Legislative zu Gesetzesänderungen zu nötigen. Hier ist die Frage, ob sich Richter vor den Karren der Cannabislobbyisten spannen lassen. Es geht u. E. auch um gelebten Hedonismus, politische Macht und um die Frage, welche Fraktion sich durchsetzen wird.

Wir fürchten, dass die Modellvorstellungen einer alternativen Cannabispolitik allesamt an der Realitätsprüfung scheitern werden. Das offene antiprohibitive Experiment wird wahrscheinlich neue Risiken und Opfer schaffen und ständig dem versprochenen Erfolg hinterherjagen, eben weil der Mensch und die Welt nicht so ist, wie man ihn und sie sich wünscht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieses offene Experiment scheitert.

Dagegen helfen stoische Ruhe, Affektkontrolle, Unaufgeregtheit, Offenheit, Selbstgenügsamkeit und Unerschütterlichkeit. Nach der stoischen Logik führt die Selbstbeherrschung zur Wahrheit. Es ist viel mühevoller, auf der Grundlage bedingter wissenschaftlicher Erkenntnis politische Entscheidungen zu treffen, die nicht Ideologien folgen, sondern das Notwendige, auch das Unpopuläre für das Land beinhalten. Es erfordert von Politikern die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, insbesondere für den Jugendschutz.⁷

⁶ Zur ethischen Fundierung des Paternalismus vgl. Schlieckau 2013, 107ff. sowie Schlieckau 2015, 36ff.

⁷ Vgl. dazu insbesondere die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20.11.1989 verabschiedete Kinderrechtskonvention, die in Deutschland am 05.04.1992 unter Vorbehalt in Kraft getreten ist, sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN vom 10.12.1948.

Die Fronten in der seit Jahrzehnten stattfindenden Cannabisdebatte haben sich früh verhärtet, so dass die frühere Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU) wie auch einige ihrer Vorgängerinnen als „Verbotstante“ beschimpft wurde und dann selbst vor dem wachsenden Druck der Cannabislobby warnte.

Und die aktuelle Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig (ebenfalls CSU) sieht sich veranlasst, die Vertreter verschiedener Interessengruppen zu einem Dialog einzuladen. Ihre vorläufige Botschaft ist, dass sie am Status Quo der Cannabispolitik etwas ändern möchte, sich aber noch nicht festgelegt habe und sich noch informieren möchte. Die notwendige demokratische Auseinandersetzung über eine sachgerechte Cannabispolitik, die auf Kompromissbildung und der Besinnung auf gemeinsame Grundwerte beruht, scheint sich also weiter schwierig zu gestalten und bleibt jedenfalls in den sozialen Netzwerken oft auf der Strecke. Cannabislobbyisten nehmen für sich gern und häufig in Anspruch, die besseren Argumente zu haben. Begründete Sachargumente für die Cannabisprohibition werden dagegen sehr ungern gehört oder als Ideologie abgetan. Eine zunehmend emotional überhitzte Debatte findet statt, die zur Verunsicherung vieler Bürger beiträgt. Es entsteht der Eindruck einer interessegeleiteten und egoistischen Verfolgung von Partikularinteressen durch die Protagonisten der Cannabislegalisierung und einer abnehmenden Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf cannabisgefährdete Gruppen in der Gesellschaft.

Der von einigen Cannabislobbyisten geltend gemachte Absolutheitsanspruch relativiert sich jedenfalls angesichts einer deutschen Bevölkerungsmehrheit, die laut mehrerer Meinungsumfragen und anders als in einigen US-Staaten, einer Cannabislegalisierung nach wie vor kritisch gegenübersteht. Wir fragen kritisch: Dienen die Interessen der Cannabislobbyisten dem Gemeinwohl oder wollen sie uns nur ihre neuen Geschäftsmodelle verkaufen? - Was also sind ihre wahren Ziele? Geht es sinngemäß wie bei Timothy Leary oder Milton Friedman⁸ vorrangig um die Förderung des freien Handels und der Cannabisindustrie sowie um Konsumfreiheit für (erwachsene) Cannabiskonsumenten?

Ausgangspunkt unserer Publikation über die Cannabispolitik war der Öffentliche Vortrag von Jürgen Schlieckau, „*Keine Legalisierung des Freizeitkonsums von Cannabis! Plädoyer für eine Kultur des Hinschauens*“ am 01.04.2019 im Kreishaus in Cuxhaven.

Wir versuchen mit diesem Buch, die komplexe Thematik übersichtlich zu präsentieren.

Von der Darstellung epidemiologischer Daten über Fragen zur Beziehungsgestaltung und Erziehung, Medizin, Psychiatrie, beraterische, rehabilitative und rechtliche Aspekte sowie eine ausführliche Diskussion der politischen Aspekte kommen wir zu einer vorläufigen Zusammenfassung unserer Ergebnisse in den „*Cuxhavener Thesen für eine gesundheitsorientierte Cannabispolitik*“.

Wir wünschen keinen freien Cannabiskonsum, sondern Schutz und Hilfen für Cannabisgefährdete und -abhängige, Kinder aus Suchtfamilien und Angehörige von Suchtkranken und gesunde Alternativen. Wir fordern von der Politik konsequentes Handeln in der Cannabiskontroll-

⁸ Friedman, M 1971, Kapitalismus und Freiheit. Stuttgart-Degerloch: Seewald.

politik. Bestehen wir auf der konsequenten Beachtung des Gemeinwohls, auf dem Vorrang des Jugendschutzes und des Gesundheitsschutzes vor den Partikularinteressen der Cannabis-lobby!

Bemühen wir uns um eine sachliche und friedfertige gesellschaftlich-politische Debatte der Cannabispolitik und zugleich um einen ideologiekritischen Diskurs.

Da sich die Cannabisdebatte noch fortsetzen wird, planen wir für 2021 die Herausgabe einer 2. Auflage des Buches. Zwischenzeitlich können Updates bei den Autoren angefordert werden.

Cuxhaven, im Januar 2020

Jürgen Schlieckau und Imke Geest

2. Cannabis und Risiken

Jürgen Schlieckau und Imke Geest

Der Cannabiskonsum von Kindern und Jugendlichen kann das Leben einer Familie gehörig durcheinanderbringen. Der Stoff THC in der Pflanze Cannabis ist ein Rausch- und Suchtmittel. Die Risiken des Cannabiskonsums hängen von der Persönlichkeit, der Lebenssituation und der Zusammensetzung der Droge ab. Einen hohen Anteil an den Einstellungen zu Drogen hat die elterliche Einflussnahme auf den Jugendlichen.⁹

Die meisten Cannabiskonsumern entwickeln keine Störungen. Wir können nicht voraussagen, wer Cannabiskonsumstörungen entwickelt. Die Risiken können weder der Konsummenge oder Konsumhäufigkeit noch der sozialen Lebenssituation eindeutig zugeordnet werden. Regelmäßig cannabiskonsumierende Jugendliche gehen ein größeres Gesundheitsrisiko ein, als bisher allgemein bekannt sein dürfte.

Die Gründe dafür sind

- Die schon in der Kindheit durch Versäumnisse in der Erziehung durch die Eltern erworbene Unfähigkeit, impulshaftes Verhalten angemessen zu regulieren,
- Das frühe Einstiegsalter von knapp 14 Jahren ¹⁰ (in Niedersachsen),
- Die nicht abgeschlossene Hirnreifung,
- Die Neigung zum Konsum von Drogen mit antriebssteigernder Wirkung (als Antidot),
- Dem allgemein höheren Risikoverhalten von Jugendlichen,
- Ggf. vorher oder parallel zum Kiffen vorliegende komorbide Störungen.

Wir haben uns bemüht, nur die größeren epidemiologischen Studien mit gutem Studiendesign, welche die wissenschaftlichen Gütekriterien erfüllen, zu zitieren.

Aktuelle epidemiologische Daten:

- Cannabis ist die weltweit am häufigsten konsumierte illegale Droge.¹¹ Weltweit wird die Zahl der Cannabiskonsumern auf bis zu 227 Millionen geschätzt.¹² Die Konsummuster reichen vom experimentellen bis zum abhängigen Konsum.
- Cannabiskonsumierende bilden eine sehr heterogene Gruppe. Sie kommen aus allen sozialen Schichten, aus allen Altersgruppen und Berufen.
- 9,7 % der 12- bis 17-jährigen Deutschen haben schon einmal Cannabis konsumiert.¹³
- „Besonders häufig ist der Konsum bei 18- bis 20-Jährigen“.¹⁴
- In Deutschland konsumieren insgesamt ca. 4,5 % der Erwachsenen diese Droge.¹⁵

⁹ Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) 2007; Schlieckau, J 2011

¹⁰ Fischer, FM 2013, 27

¹¹ United Nations Office on Drugs and Crime 2014

¹² United Nations Office on Drugs and Crime 2014, ebd.

¹³ BZgA 2015

¹⁴ Hoch, E, Bonnet, U, Thomasius, R et al. 2015

¹⁵ Pabst, A, Kraus, L, Gomes de Matos, E & Piontek, D 2013, 321ff., zitiert in: Hoch, E, Bonnet, U, Thomasius, R et al. 2015, 271